

Kampmann, Ricarda; Köppel, Matthias

**Article — Digitized Version**

## Das wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle: Ein gesamtwirtschaftlicher Erklärungsansatz

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Kampmann, Ricarda; Köppel, Matthias (1984) : Das wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle: Ein gesamtwirtschaftlicher Erklärungsansatz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 11, pp. 568-572

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135983>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Das wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle

### Ein gesamtwirtschaftlicher Erklärungsansatz

Ricarda Kampmann, Matthias Köppel, Essen

**In jüngster Zeit wird im politischen Raum dem Wirtschaftsgefälle zwischen den südlichen und nördlichen Bundesländern verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt. Was steckt ökonomisch hinter dem Begriff „Süd-Nord-Gefälle“? Welche Bedeutung kommt dabei den regionalwirtschaftlichen, welche den gesamtwirtschaftlichen Faktoren zu?**

Die meisten Regionaluntersuchungen, die für die Bundesrepublik in den letzten Jahren vorgelegt wurden, haben sich mit relativ kleinräumig abgegrenzten Gebieten befaßt, wie sie z. B. dem Bundesraumordnungsprogramm oder der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zugrunde liegen. Diese Gebietsabgrenzungen beruhen auf dem Versuch, zusammenhängende Wirtschaftsregionen nach einem funktionalen Kriterium (z. B. den Pendlerverflechtungen) zu bilden. Im Mittelpunkt dieser Untersuchungen standen die Entwicklungsunterschiede zwischen den verdichteten und damals noch expandierenden sowie den peripheren und gleichzeitig strukturschwachen Gebieten. Im Zuge der seit Mitte der siebziger Jahre andauernden gesamtwirtschaftlichen Wachstumsschwäche verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation auch in den industriellen Ballungszonen. Da jetzt fast alle Untersuchungsregionen mit starken Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsproblemen belastet waren, wurden verstärkt die sich abzeichnenden Wachstumsdifferenzen zwischen den Bundesländern untersucht.

Es ist allerdings zu beachten, daß die Bundesländer unter regionalwissenschaftlichen Aspekten nur eine unzureichende Gebietsabgrenzung darstellen. So steht die Analyse vor dem Problem, daß es sich bei den Län-

dern um sehr heterogene Gebiete handelt, deren Abgrenzung politisch determiniert ist. Untersucht man die Länder einzeln, werden zum einen die Verflechtungen mit dem jeweiligen Umland vernachlässigt, wie es besonders offensichtlich bei den Stadtstaaten der Fall ist, aber z. B. auch für die Region Mannheim-Ludwigshafen zutrifft. Zum anderen werden intraregionale Entwicklungsunterschiede wie beispielsweise zwischen dem Bayerischen Wald und dem Raum München nivelliert. Rechtfertigen läßt sich eine Analyse auf Länderebene daher allein aus politischen und administrativen Gründen.

#### Neugliederungsvorschläge des Bundesgebiets

Den Bundesländern kommt nach Art. 20 Grundgesetz (Sozialstaatsprinzip) eine zentrale Rolle bei der Daseinssicherung und -vorsorge für die Bevölkerung zu. Gerade wegen der Selbstverantwortlichkeit der Bundesländer, die vor allem in der Verfassungsautonomie und der eigenständigen Haushaltswirtschaft zum Ausdruck kommt, wird der regionalen Komponente in fast allen Politikbereichen relativ große Bedeutung beigemessen. Vor diesem Hintergrund wurde zu Beginn der siebziger Jahre der Neugliederungsauftrag des Grundgesetzes (Art. 29), der die Schaffung leistungs- und funktionsfähiger Bundesländer vorsieht, in großer Breite diskutiert. Ziel der im Grundgesetz vorgeschriebenen Korrektur der Ländergrenzen war nicht etwa eine „rechnerische Nivellierung“<sup>1</sup> eventueller Unterschiede in der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Bundeslän-

---

*Dr. Ricarda Kampmann und Dr. Matthias Köppel, 35, sind wissenschaftliche Mitarbeiter des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen.*

<sup>1</sup> W. E r n s t : Die Vorschläge der Sachverständigenkommission, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 53. Jg. (1973), H. 3, S. 115-120, hier S. 120.

der. Beabsichtigt war vielmehr, „daß die Neugliederung die Hemmnisse beseitigt, die die gegenwärtigen Landesgrenzen einer wirksamen staatlichen Entwicklungspolitik und damit der Ausschöpfung des wirtschaftlichen Potentials der betroffenen Räume entgegenstellen“<sup>2</sup>. Unter diesem Aspekt wäre es erforderlich, daß die Landesgrenzen keine wirtschaftlich eng miteinander verflochtenen Regionen trennen.

Diesen Grundsatz sah die Sachverständigenkommission zur Neugliederung des Bundesgebiets (Ernst-Kommission) insbesondere bei den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, aber auch in den Verdichtungsgebieten Mainz/Wiesbaden, Mannheim/Ludwigshafen und Karlsruhe verletzt. So sollte z. B. mit dem Vorschlag, aus den vier nördlichen Bundesländern entweder ein Land zu bilden oder Schleswig-Holstein mit Hamburg und Teilen des nördlichen Niedersachsens zum Bundesland Nordost sowie die verbleibenden Teile Niedersachsens mit Bremen zum Bundesland Nordwest zusammenzufassen, dem sich damals bereits abzeichnenden Abfallen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Niedersachsen und Schleswig-Holstein gegenüber den übrigen Bundesländern entgegengewirkt werden<sup>3</sup>. Dieser wie auch die übrigen Vorschläge der Kommission fanden allerdings nicht die Zustimmung der Länder und wurden bis heute nicht weiter verfolgt.

Die Erfahrung der siebziger Jahre hat gezeigt, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer auch durch Grenzkorrekturen kaum hätte verbessert werden können, weil die regionalen Wachstumsunterschiede nicht vorhergesehen wurden. So hielt es in der Stellungnahme der Länder zum Bericht der Ernst-Kommission eine Mehrheit der Länderarbeitsgruppe für „grundsätzlich wünschenswert, daß die wirtschaftliche, finanzielle und bevölkerungsmäßige Kapazität des Landes Nordrhein-Westfalen durch Korrekturen der Grenzen gegen-

über den wirtschaftlich, finanziell und bevölkerungsmäßig schwächeren Ländern ausgeglichen wird“<sup>4</sup>. Auch ohne solche Grenzkorrekturen ist inzwischen der wirtschaftliche Vorsprung Nordrhein-Westfalens deutlich geschrumpft.

### Regionale Abgrenzungen

Derartige regionale Verlagerungen der ökonomischen Aktivität sind Gegenstand der Diskussion um das Süd-Nord-Gefälle innerhalb des Bundesgebiets und waren bereits Thema einer Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen. Je nach Fragestellung und vielleicht auch regionaler Interessenlage der Autoren sind dabei die Regionen „Nord“ und „Süd“ unterschiedlich abgegrenzt worden. In allen Untersuchungen gehören die Küstenländer und die Stadtstaaten zur Region Nord, zum Süden in jedem Fall Baden-Württemberg und Bayern. Die Schere zwischen „Nord“ und „Süd“ öffnet sich weiter, wenn Nordrhein-Westfalen in das Aggregat Nord einbezogen wird. Der Wachstumsvorsprung des Südens wird dagegen durch die Berücksichtigung Hessens verstärkt.

Am deutlichsten tritt das Süd-Nord-Gefälle hervor, wenn neben den vier Küstenländern Nordrhein-Westfalen und Berlin (West) zum Norden und alle übrigen Bundesländer zum Süden gerechnet werden. Diese Vorgehensweise wählte das DIW in seiner Analyse der Bauwirtschaft, die ein deutliches Süd-Nord-Gefälle bei den Auftragseingängen in allen Baubereichen wie auch beim Bauvolumen belegt<sup>5</sup>. In ihrer Untersuchung der Entwicklung von Bevölkerung, Einkommen und Arbeitslosigkeit in den Bundesländern stellen Crinius et al. der Ländergruppe Norddeutschland die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland als Ländergruppe Süddeutschland gegenüber; Nordrhein-Westfalen, Hessen und Berlin (West) werden nicht in die Aggregate einbezogen<sup>6</sup>.

In der norddeutschen Strukturanalyse (SANK) steht die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Mittelpunkt<sup>7</sup>. Regionale Grundlage ist eine Dreiteilung des Bundesgebiets, bei der Hessen neben Baden-Württemberg und Bayern zur Ländergruppe Süd gezählt wird. Für das Aggregat Nord werden die vier Küstenländer zusammengefaßt; die Region West mit Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland wird nicht weiter analysiert. Auch in dieser Abgrenzung bestätigt sich die zunehmende Diskrepanz zwischen den Arbeitsmärkten im Norden und im Süden. Qualitative Unterschiede in den Beschäftigtenstrukturen zeigt Müller auf<sup>8</sup>. Anhand

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Vgl. Bericht der Sachverständigenkommission für die Neugliederung des Bundesgebietes, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1973, S. 89-97, insbes. Teilziffer 213.

<sup>4</sup> Materialien zum Bericht der Sachverständigenkommission für die Neugliederung des Bundesgebietes, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1973, S. 11-27, hier S. 15.

<sup>5</sup> Vgl. J. A. Hübener: Bauwirtschaft, Weiter Süd-Nord-Gefälle, in: DIW-Wochenbericht, 50. Jg. (1983), Nr. 34, S. 421 ff.

<sup>6</sup> W. Crinius, R. Richert, H. Tesch, E. Thiel: Analyse und Bedeutung raumbezogener Faktoren in Norddeutschland, Teil II: Demographische und ökonomische Entwicklungen, in: Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Nr. 73, Hannover 1984, S. 23.

<sup>7</sup> Vgl. F. Haller, R. Schröder: Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstruktur in Norddeutschland 1975-1983 (Strukturanalyse für Norddeutschland und die Küstenländer – SANK 1983), in: Bremer Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 6. Jg. (1983), Heft 3/4, S. 5 ff., hier S. 7. Dieser Vorgehensweise schließt sich auch die IHK-Hamburg an. Vgl. IHK-Hamburg: Herausforderung für den Norden – Zur Diskussion um das wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle, Hamburg, im Mai 1984.

<sup>8</sup> J. Müller: Regionale Qualifikationsstrukturen im Nord-Süd-Vergleich, vervielf. Manuskript, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hannover 1984, S. 7.

der Ländergruppen Nord (die vier Küstenländer), Süd (Baden-Württemberg und Bayern) sowie Mitte (Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland) belegt er, daß in den südlichen Bundesländern insbesondere im technischen Bereich mehr Arbeitskräfte mit qualifizierter Ausbildung beschäftigt sind als in den anderen Ländergruppen. In Anlehnung an die Vorschläge der Ernst-Kommission grenzt das RWI in einer Analyse des Süd-Nord-Gefälles fünf Regionen ab: die Region Nord, Nordrhein-Westfalen, die Region Mitte-West, Baden-Württemberg und Bayern; Berlin (West) wird wegen seines Sonderstatus nicht einbezogen<sup>9</sup>.

### Traditionelle Ansätze

Die Analysen geben damit eine Vielzahl von Hinweisen auf das Ausmaß und mögliche Ursachen der Entwicklungsunterschiede zwischen den Ländern. Übereinstimmend gelangen die Studien zu der Aussage, daß bei den meisten der untersuchten Indikatoren die südlichen Bundesländer gegenüber den nördlichen Vorteilen aufweisen. Mit dem im folgenden vorgestellten Erklärungsansatz wird nun darüber hinaus versucht, durch die Einbeziehung der von außen auf das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik einwirkenden Faktoren die Analyse regionaler Ungleichgewichte stärker in den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang einzuordnen.

Bei den traditionellen Ansätzen der regionalen Wachstumstheorie liegt das Schwergewicht auf der Berücksichtigung raumbedeutsamer Faktoren, wie z. B. Transportkosten, Infrastrukturausstattung, Agglomerationsvorteile, Bevölkerungsdichte etc.<sup>10</sup>. Derartige Ansätze eignen sich aber eher zur Untersuchung kleinräumig abgegrenzter Gebiete. Die Entwicklung von Regionen mit der Größe eines Bundeslandes hängt zwar auch von den genannten Faktoren ab, ihr Einfluß wird aber – wie noch gezeigt wird – auf dieser regionalen Aggregationsebene deutlich von den Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen überlagert. Diese wirken zwar zunächst auf alle Bundesländer in gleicher Weise ein, führen aber aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Konstitutionen der Länder zu divergierenden Entwicklungen von Produktion, Einkommen und Beschäftigung. Damit ist zugleich ange-

deutet, daß das Schwergewicht der Analyse von wirtschaftlichen Ungleichgewichten zwischen den Bundesländern auf der Erklärung von Veränderungen in der regionalen Sektorstruktur liegen sollte.

### Sektorale Schwerpunkte

Frühere Untersuchungen zum Strukturwandel in den Bundesländern haben ergeben, daß dem Warenproduzierenden Gewerbe – allein schon wegen des hohen Anteils an der Bruttowertschöpfung – eine entscheidende Bedeutung für den regionalen Strukturbildungsprozeß zukommt<sup>11</sup>. Innerhalb des Bundesgebietes hat sich dabei eine großräumige Arbeitsteilung entwickelt, die durch folgende regionale Schwerpunkte gekennzeichnet ist: Die norddeutschen Küstenländer werden einerseits durch die Landwirtschaft und das damit verbundene Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, andererseits durch die im Zusammenhang mit der Hafenwirtschaft stehenden Sektoren Handel und Verkehr geprägt. Industrielle Schwerpunkte sind darüber hinaus der Schiffbau und der Straßenfahrzeugbau. In Nordrhein-Westfalen dominieren die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und die mit diesen stark verflochtenen Investitionsgüterproduktionen. Die Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland haben ihre Schwerpunkte in der Grundstoffindustrie und im Straßenfahrzeugbau. Ferner hat sich in Hessen mit dem Frankfurter Raum ein Dienstleistungszentrum von internationalem Rang entwickelt. Baden-Württembergs Wirtschaft ist fast ausschließlich auf die Investitionsgüterindustrien ausgerichtet, wobei der Straßenfahrzeugbau auch hier eine dominierende Rolle einnimmt. Ähnlich strukturiert ist die Wirtschaft Bayerns, die zusätzlich mit der Elektrotechnik und der Luft- und Raumfahrtindustrie überregionale Bedeutung erreicht. Außerdem hat sich München nach Frankfurt als internationales Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum etabliert.

Aufgrund dieser sektoralen Schwerpunkte sind die Bundesländer in unterschiedlichem Maß von den Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage betroffen. Generell gilt, daß eine Wirtschaft zyklisch um so anfälliger ist, je konsumferner ihre Produktionen sind. Dieses Entwicklungsmuster ist vor allem für die Investitionsgüterindustrien typisch; aufgrund von preisbedingten Veränderungen der Lagerhaltung geraten aber auch die Grundstoffindustrien in den Sog konjunktureller Schwankungen<sup>12</sup>. Vor allem die Wirtschaft in den Ländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen war, gemessen an den Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts, in den siebziger Jahren erheblichen

<sup>9</sup> Vgl. R. Brune, M. Köppel: Das Nord-Süd-Gefälle verstärkt sich – Zur großräumigen Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 31 (1980), S. 225-247. Auf die wesentlichen Ergebnisse dieser Arbeit wird im folgenden noch eingegangen.

<sup>10</sup> Vgl. z. B. W. Reimers: Determinanten regionalen Wachstums. Stand der empirischen Forschung und ein neues ökonomisches Modell für Skandinavien und die Bundesrepublik Deutschland, München. Florenz 1981.

<sup>11</sup> Vgl. R. Brune, M. Köppel, a.a.O., S. 231-236.

<sup>12</sup> Vgl. dazu auch W. Stöckmann: Regionale Konjunkturprobleme – Das Beispiel der norddeutschen Küstenländer, Weltwirtschaftliche Studien, Nr. 14., Göttingen 1970, S. 74-79.

konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt; allerdings wurden in Baden-Württemberg die Wachstumsgewinne in den Aufschwungsphasen durch die Verluste in den Abschwungsperioden überkompensiert.

### Internationale Wettbewerbsfähigkeit

Diese zyklische Anfälligkeit wird teils bedingt und teils verstärkt durch die Empfindlichkeit der regionalen Sektoren gegenüber Preisänderungen auf den Weltmärkten. Die Bundesrepublik ist bekanntlich eine offene Volkswirtschaft, die in einem starken Maße von der Ausfuhr industrieller Fertigprodukte abhängig ist. Das bedeutet, daß sich die Wirtschaftlichkeit der Industrie-sektoren in diesem Land und natürlich auch in jedem der Bundesländer vor allem nach den Bedingungen des Weltmarktes richtet. Diese internationalen Wirtschaftlichkeitsnormen gelten unmittelbar für den Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten, der direkt dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist. Die Branchen mit nur national handelbaren Produktionen, das sind vor allem die privaten Dienstleistungsunternehmen und der staatliche Sektor, bleiben vor diesem internationalen Wettbewerb weitgehend geschützt; deren Entwicklung hängt wesentlich von der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung und den politisch gesetzten Rahmenbedingungen ab. Bezogen auf die Bundesländer bedeutet dies, daß die Risiken der wirtschaftlichen Entwicklung in solchen Ländern größer sind, deren Wirtschaftsstruktur einen hohen Anteil an international handelsfähigen Produktionen aufweist.

Im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit haben solche Branchen den günstigsten Stand, die über autonome Preiserhöhungsspielräume verfügen, wie es etwa für die Investitionsgütererzeugung aufgrund des hohen Grads an qualitativen Differenzierungsmöglichkeiten typisch ist. Sektoren mit schwacher Preisposition sind dagegen gezwungen, sich an die Weltmarktpreise anzupassen. Sie laufen damit Gefahr, keine ausreichende Kostendeckung zu erzielen. Dies trifft vor allem für Unternehmen zu, die standardisierte Massenprodukte mit relativ einfacher Fertigungstechnologie, wie z. B. in der chemischen Grundstoffindustrie, herstellen.

Veränderungen der internationalen Wettbewerbsbedingungen, die sich vor allem in Preisbewegungen auf dem Weltmarkt oder in Wechselkursbewegungen ausdrücken, wirken sich in Branchen mit schwacher Preisposition wesentlich schneller und stärker aus als in Wirtschaftszweigen mit starker Preisposition. Charakterisiert man die Bundesländer hinsichtlich der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produktionsbereiche, so er-

gibt sich eine Rangfolge, die von Nordrhein-Westfalen und dem Saarland mit preisschwacher Wirtschaftsstruktur angeführt wird<sup>13</sup>. Bayern und Baden-Württemberg erweisen sich dagegen als ausgesprochen preisstark. Die übrigen Länder ordnen sich zwischen diesen Extremen ein. Generell gilt, daß sich die Regionen mit starker Preisposition in den siebziger Jahren hinsichtlich Produktion und Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe besser entwickelt haben als die Länder mit schwacher Preisposition.

Die Unterschiede der wirtschaftlichen Entwicklung in den Bundesländern bleiben aber nicht allein auf die industriellen Sektoren beschränkt, sondern sie setzen sich – teilweise sogar noch verstärkt – beim Wachstum der Dienstleistungssektoren fort. Unterteilt man die Dienstleistungssektoren in produktionsorientierte und in haushaltsorientierte<sup>14</sup>, zeigt sich, daß in den nördlichen Bundesländern der Anteil der Dienstleistungen mit Vorleistungscharakter für die Produktion höher ist als in den südlichen Ländern. Das schwächere industrielle Wachstum im Norden trifft damit einen größeren Anteil der dort ansässigen Dienstleistungssektoren, als dies im Süden der Fall ist. Als wesentliche Determinante der haushaltsorientierten Dienstleistungssektoren ist das Einkommen der privaten Haushalte anzusehen. Die Pro-Kopf-Einkommen sind aber in den südlichen Bundesländern höher als in den nördlichen, wenn man von den beiden Stadtstaaten absieht.

### Folgen für die Beschäftigung

Die wirtschaftliche Konstitution der Regionen, die durch die Preissensibilität der jeweils dominierenden Sektoren gegeben wird, hat auch erhebliche Konsequenzen für den Arbeitsmarkt. Da die preissensiblen Sektoren aus den genannten Wettbewerbsgründen gezwungen sind, ständig ihre Produktivitätsreserven zu mobilisieren, schlägt sich in diesen Sektoren ein Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung unmittelbar auch in einem Beschäftigungsabbau nieder. Demgegenüber sind die preisstarken Branchen sehr viel eher in der Lage, Unterauslastungen ihrer Kapazitäten hinzunehmen und Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität durch Veränderungen der Produktivität auszugleichen. Die-

<sup>13</sup> Zur Vorgehensweise vgl. R. Brune, M. Köppel: Wachstums-sensibilität und Preisempfindlichkeit – Zur wirtschaftlichen Konstitution Nordrhein-Westfalens, in: Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 33. Jg. (1982), S. 239-272, hier S. 260-263.

<sup>14</sup> Produktionsorientiert sind dabei solche Sektoren, die mehr als die Hälfte ihres Produktionswertes als Zwischenprodukte an andere Wirtschaftsbereiche liefern; die übrigen Sektoren werden den haushaltsorientierten Dienstleistungen zugerechnet. Vgl. dazu M. Köppel: Zur Bedeutung der Dienstleistungssektoren für die regionale Entwicklung in der Bundesrepublik, in: Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 34. Jg. (1983), S. 205-227.

ses Verhalten spiegelt sich sowohl in der Entwicklung der Beschäftigung als auch im zeitlichen Verlauf der Produktivität der Erwerbstätigen wider. Letztere weist in Baden-Württemberg wesentlich stärkere Schwankungen als in Nordrhein-Westfalen auf, wo sie zudem mit einer höheren Zuwachsrates angestiegen ist. Der Beschäftigungsabbau vollzog sich von 1973 bis 1982 in Baden-Württemberg und Bayern langsamer als in Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen. In den übrigen Bundesländern liegt die Beschäftigungsentwicklung – mit Ausnahme von Schleswig-Holstein – zwischen diesen Polen, wobei sich eine Rangfolge ergibt, die der hinsichtlich der Preisempfindlichkeit weitgehend entspricht.

Auch die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen gibt Hinweise darauf, daß die Unternehmen in den südlichen Bundesländern sehr viel länger als in den nördlichen bestrebt waren, ihre Stammbesellschaften zu halten. So fiel der Anstieg der Arbeitslosenquoten in Baden-Württemberg und Bayern geringer aus als beispielsweise in Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen. Allerdings erweisen sich die regionalen Arbeitslosenquoten als problematischer Indikator der wirtschaftlichen Entwicklung, da sie stark durch die demographische Entwicklung beeinflußt werden. So ist in den norddeutschen Ländern die Zahl der Erwerbsfähigen aufgrund demographischer Faktoren im Vergleich zum Bundesgebiet überdurchschnittlich angestiegen<sup>15</sup>. Auch durch die Wanderungen zwischen den Bundesländern werden die Zahl der Erwerbspersonen einer Region und damit die regionalen Arbeitslosenquoten beeinflußt. Vor allem die südlichen Länder verzeichnen dabei Wanderungsgewinne insbesondere zu Lasten von Nordrhein-Westfalen, so daß in diesem Bundesland der Anstieg der Arbeitslosenzahl ohne die Abwanderungen vermutlich noch höher ausgefallen wäre.

Das Bild der wirtschaftlichen Entwicklungsunterschiede zwischen den Bundesländern spiegelt sich letztendlich auch in der Finanzkraft der Länder wider, die in den Beiträgen und Ausgleichsleistungen im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs zum Ausdruck kommt. Während Nordrhein-Westfalen bis Anfang der siebziger Jahre die höchsten Beiträge in den Finanzausgleich leistete, liegt heute die Hauptzahllast bei Baden-Württemberg, wobei die von den norddeutschen Regionen Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen empfangenen Leistungen ungefähr dem Beitrag Baden-Württembergs entsprechen. Nordrhein-Westfalen bleibt seit 1981 ausgleichsfrei.

### Gestaltungsspielraum der Landespolitiker

Das hier vorgetragene Verständnis des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses der Bundesländer legt das Schwergewicht der Erklärung regionaler Wachstumsunterschiede auf die Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen für die im internationalen Wettbewerb stehenden Sektoren. Hinsichtlich dieser Einflußfaktoren weisen die südlichen Bundesländer, vor allem Bayern und Baden-Württemberg, deutliche Vorteile gegenüber den traditionellen Industriegebieten an Rhein und Ruhr, aber auch an den deutschen Küsten auf. Diese Bedingungen sind aber weitgehend den Gestaltungsspielräumen der Landespolitiker entzogen. Damit impliziert diese Sichtweise, daß der Landespolitik auch ein Großteil der Verantwortung für das positive bzw. negative Abschneiden der Wirtschaft des jeweiligen Landes genommen und der allgemeinen Wirtschaftspolitik überantwortet worden ist. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund erweist es sich als abwegig, aus der unterschiedlichen Entwicklung der Bundesländer einen parteipolitischen Gegensatz zwischen CDU- und SPD-regierten Ländern konstruieren zu wollen<sup>16</sup>.

<sup>15</sup> Vgl. F. Haller, R. Schröder, a.a.O., S. 30 f.

<sup>16</sup> So zum Beispiel H. Stern: Süd-Nord-Gefälle: Es ist, als gehorchte die Volkswirtschaft einem neuen Gesetz, in: Die Welt vom 22. 10. 1984, S. 6.

**HERAUSGEBER:** HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Präsident: Prof. Dr. Armin Gutowski, Vizepräsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmah)l

**Geschäftsführend:** Dr. Otto G. Mayer

**REDAKTION:**

Dr. Klaus Kwasniewski (Chefredakteur), Dipl.-Vw. Rainer Erbe, Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Irene Wilson, M.A., Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

**Anschrift der Redaktion:** Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 3562306/307

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages Weltarchiv GmbH ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.

**VERTRIEB:**

manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Marketingabteilung, Postfach 11 10 60, 2000 Hamburg 11, Tel.: (040) 30 07 624

**Bezugspreise:** Einzelheft: DM 8,50, Jahresabonnement DM 96,- (Studenten: DM 48,-)

**VERLAG UND HERSTELLUNG:**

Verlag Weltarchiv GmbH, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 35 62 500

**Anzeigenpreisliste:** Nr. 13 vom 1. 1. 1983

**Erscheinungsweise:** monatlich

**Druck:** Buch- und Offsetdruckerei Wunsch, 8430 Neumarkt/Opf.